

Tabak-Arbeiter

Nr. 29 / Bremen, den 17. Juni 1926

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
— Monatlicher Bezugspreis 40 Goldpfennig ohne Vringelohn. — Anzeigenspreis
50 Goldpfennig für die viergespaltene Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme und
der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms.
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer
Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalzfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Welke 201, Telefon: Am
Roland 6046. — Geld- und Einschreibendungen an Johannes Koch. — Postfach-
konto 5949 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß-
handlungsgesellschaft Deutscher Kaufmannvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter,
Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann.
— Verbandsauskunft: E. Schorne, Homburg, Belsenberghof 57, Zimmer 4546.

Verhandlung über die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge

Referat, gehalten von Dr. Broeker auf der Ausschusssitzung des ADGB in Düsseldorf

Der minimale Rückgang der Erwerbslosigkeit im ersten Halbjahr dieses Jahres hat die pessimistischen Erwartungen übertroffen. Die Frühjahrskonjunktur für Baugewerbe und Landwirtschaft hat eine nur geringe Beeinflussung des Arbeitsmarktes im günstigen Sinne bewirkt. Am 15. Februar betrug die Zahl der Hauptunterstützten 2 058 853; sie verminderte sich bis zum 15. März auf 2 017 461, am 15. April auf 1 883 628, am 15. Mai 1 734 429 und stieg bis zum 15. Juni wieder auf 1 749 111. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen unter Einrechnung der Nichtunterstützten ist noch um 25 bis 30 Prozent höher zu liegen.

Die Zahl der Ausgesteuerten braucht nicht allzu hoch angenommen zu werden; doch waren am 15. Juni bereits 276 000 Erwerbslose über 6 Monate und 856 000 über 3 Monate unter-

Am schwersten betroffen sind immer noch das Baugewerbe nach der freigewerkschaftlichen Statistik 23,2 Prozent Arbeitslosen, Bekleidungsarbeiter mit 23,2 Prozent, Textilarbeiter 19 Prozent, Hutarbeiter 36,4 Prozent, Schuhmacher 32,3 Prozent, Lederarbeiter 25,2 Prozent, Sattler und Portefeuller 31,7 Prozent, Tabakarbeiter 27,8 Prozent, bei den Metallarbeitern schließlich 20,6 Prozent und bei den Holzarbeitern 28,9 Prozent.

Die Zahl der Kurzarbeiter entspricht ungefähr der Zahl der Vollerwerbslosen.

Die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit sind zu suchen vor allem in dem Mißverhältnis zwischen der Produktionsfähigkeit unserer Industrie und der Absatzmöglichkeit auf dem In- und Auslandsmarkt. Immer größere Massen werden auch infolge der technischen und organisatorischen Rationalisierung arbeitslos. Eine besondere Notlage ist im Bergbau zu verzeichnen. Eine Reihe von Industrien werden durch das Dumping der Inflationsländer bedroht.

Aufgabe ist heute einmal, der akuten Notlage des Millionenheeres der Arbeitslosen durch eine nach Höhe und Dauer ausreichende Unterstützung zu steuern, zweitens alles in die Wege zu leiten, was der Belebung der Wirtschaft insgesamt dienen kann, und dort, wo sie aus sich heraus nicht alle möglichen Arbeitsgelegenheiten ausnutzt, nachzuhelfen und dort, wo die Arbeiten gegebenenfalls aus öffentlichen Mitteln zu fördern.

Die Forderungen der Gewerkschaften nach Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen sind keineswegs wirtschaftsfeindlich, denn sie dienen nicht zuletzt auch der Erhaltung der Kaufkraft. Die heutigen Sätze können nicht als ausreichend angesehen werden. Geändert werden muß aber auch das heutige System der Unterstützung, das ein Mittelding aus Fürsorge und Arbeitslosenversicherung darstellt. Der Breslauer Gewerkschaftskongress hat die beschleunigte Durchführung der Arbeitslosenversicherung gefordert. Die Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfs wird aber wahrscheinlich noch längere Zeit auf sich warten lassen. Aus diesen Erwägungen heraus haben die Gewerkschaften am 15. März d. J. an das Reichsarbeitsministerium den Antrag gerichtet, in einer „Zwischenlösung“ gewisse Grundsätze der Versicherung, vor allem die Staffelung der Unterstützung nach Lohnklassen und die Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung vorwegzunehmen. Die Gewerkschaften gingen dabei von der Erwägung aus, daß der heutige Zustand, der keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung trotz Beitragsleistung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anerkennt, der ferner das ungerechte Prinzip der Bedürftigkeitsprüfung anzuwenden erlaubt, der schließlich eine recht willkürliche Staffelung der Unterstützungssätze nach Wirtschaftsgebieten und Ortssklassen zu-

gründe legt, schon vor Verabschiedung des Gesetzes, Verbesserungen erfahren müßte.

Eine Einigkeit über diese Zwischenlösung konnte jedoch nicht erzielt werden, da die Regierung als Vorschlag für die der Unterstützungsbemessung zugrunde zu legenden Lohnklassen eine Einteilung vorlegte, die noch unter dem blieb, was der ursprüngliche Regierungsentwurf vorgesehen hatte. Nach dem Regierungsvorschlag sollten vier Einheitslohnklassen mit dem Wochendurchschnittslohn von 12 M, 15 M, 21 M und 33 M eingeführt werden. Von dem Einheitslohn sollte der Ledige 40 Prozent, der Erwerbslose unter 18 Jahren in den oberen Klassen nur 35 Prozent erhalten, der Familienzuschlag sollte für Frau und Kinder je 5 Prozent, die Gesamtunterstützung im Höchstfalle 65 Prozent des Einheitslohnes ausmachen. Die Durchführung dieses Vorschlages hätte eine generelle Verschlechterung der geltenden Unterstützungssätze bedeutet. Die Gewerkschaften schlugen demgegenüber als Einheitslohnklassen folgende acht vor: 12 M, 15 M, 21 M, 27 M, 35 M, 45 M, 55 M, 65 M. Als Unterstützung sollte in den untersten Klassen 1 und 2 60 Prozent des Einheitslohnes und für die Klassen 3—8 50 Prozent gelten. Als Familienzuschlag sollten 7,5 Prozent für die Frau und für jedes Kind gewährt werden, die Gesamtunterstützung im Höchstfalle 80 Prozent betragen.

Da auch im Reichswirtschaftsrat über die Zwischenlösung vor allen Dingen über die finanzielle Auswirkung der verschiedenen Vorschläge keine Einigkeit erzielt werden konnte, hat die Regierung vorerst eine Erhebung über die Auswirkung der Lohnklassenstaffelung angeordnet, deren Ergebnis abzuwarten bleibt. Inzwischen gilt es, auf dem Boden des bestehenden Systems an der Verbesserung der Unterstützung weiterzuarbeiten. Die Verlängerung der Geltungsdauer der heutigen Sätze bis zum 27. November d. J. kann nicht genügen. Eine Erhöhung ist unbedingt erforderlich. Ebenso ist es notwendig, daß die Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit gewährt wird, da sonst die Fürsorge für die Ausgesteuerten die Gemeinden zu stark zu belasten droht.

Die seit dem 20. Februar d. J. geltende Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge muß als gänzlich unzureichend bezeichnet werden. Vor allem ist es ungerechtfertigt, daß der 1. und 2. ausfallende Arbeitstag in einer Woche überhaupt nicht entschädigt wird. Der Kurzarbeiter sinkt infolgedessen häufig unter die Bezüge der Vollerwerbslosen.

Als eine besonders wichtige Aufgabe wird von den Gewerkschaften die Vermehrung der produktiven Arbeiten bezeichnet. Die Zahl der Notstandsarbeiter ist von 170 000 am 15. Mai auf 154 000 am 15. Juni gesunken. Sie müßte aber um ein erhebliches vermehrt werden. Das in jüngster Zeit vom Reichstag aufgestellte Programm für die Durchführung produktiver Arbeiten entspricht den immer wieder betonten Forderungen der Gewerkschaften. Die Förderung des städtischen und ländlichen Wohnungsbaues, des Straßenbaues, die Kultivierung der Oedlandflächen und Moorgelände, sofortige Durchführung aller für Reichseisenbahn und Reichspost in absehbarer Zeit notwendig werdenden Arbeiten muß beschleunigt durchgeführt werden. Hierzu bedarf es eines einheitlichen Planes und eines festen Willens zur Ueberwindung aller Schwierigkeiten, die nicht zuletzt in den Widerständen und Kompetenzstreitigkeiten der Verwaltung zu suchen sind. Es bedarf natürlich vor allem auch einer großzügigen Finanzierung, d. h. einer starken Inanspruchnahme von Krediten, notwendigenfalls auch von Auslandsprodukten.

Die Gewerkschaften fühlen sich für die soziale Lage der Arbeiterschaft ebenso verantwortlich wie auch für die Lage der gesamten deutschen Wirtschaft. Sie können nicht anerkennen, daß zwischen den Bestrebungen, die auf eine Verbesserung des sozialen Lebensstandards der breiten Massen hingen und zwischen dem Wohlergehen der gesamten Volkswirtschaft ein

Gegensatz besteht. Sie sind darum der festen Ueberzeugung, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heute Hauptaufgabe sowohl der Sozialpolitik wie der Wirtschaftspolitik selbst ist. Von dem Willen der Gesamtheit, die Opfer zu bringen, die zur Rettung aller derer notwendig sind, die heute der Verelendung anheimzufallen drohen, ist die unge störte Entwicklung und die Garantie friedlichen nationalen Zusammenlebens abhängig. Gegenüber der Masse der Erwerbslosen sowohl wie gegenüber der gesamten Oeffentlichkeit erklären die Gewerkschaften, daß bei ihnen dieser feste Wille vorhanden ist und daß sie ihren Einfluß bis zum letzten einsetzen werden, um der Verwirklichung der aufgestellten Forderungen zu dienen.

Wirtschaftspolitische Theorien

Von Hermann Kruse

IV.

Die historische Schule,

von Roscher, Hildebrand und Knies begründet, vertrat jene Richtung, die das abstrakt-isolierende Verfahren, das Einengen auf eine Anzahl theoretischer Grundzüge, der klassischen Schule ablehnten. Die Methode der Klassiker erschien der neu aufkommenden Schule der Historiker nicht geeignet, die ganze Vielfältigkeit der wirtschaftlichen Erscheinungen zu erklären und der Praxis zu dienen. Die Kluft zwischen Lehre und der Wirklichkeit trat ihrer Meinung nach immer deutlicher zutage. Ausgehend von dem Rückschlag in der Philosophie gegen die Hegelsche Schule entstand in den Rechts- und Staatswissenschaften die historische Rechtsschule, die, entgegen dem bis dahin vorherrschenden Naturrecht, das geschichtlich gewordene Recht der Wissenschaft zugrunde legte. In Anlehnung an die geschichtliche Rechtsschule vertrat Wilhelm Roscher, Professor der Universität Göttingen, in seinem 1843 erschienenen Grundriß zu Vorlesungen über die Staatswissenschaft nach geschichtlicher Methode, die Forderung, die Entwicklungsgesetze der Volkswirtschaft auf das Geschichtliche in der Wirtschaft zurückzuführen. 1854 erschien sein berühmt gewordenes „System der Volkswirtschaft“ als erster Band der „Grundlagen der Nationalökonomie“, ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende, das 23 Auflagen erlebte. Die Beschreibung dessen, was die Völker in wirtschaftlicher Hinsicht gewollt und gefühlt haben, der Zwecke, die sie verfolgten und erreichten, der Ursachen, für welche sie sie verfolgt und erreicht haben, ist unser Zweck, sagt Roscher im Vorwort zu seinem Grundriß.

Professor Bruno Hildebrand schrieb 1848 das Werk „Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft.“ In der Einleitung setzt er auseinander, daß der Zweck des Buches sei, „auf dem Gebiete der Nationalökonomie einer gründlichen historischen Richtung und Methode Bahn zu brechen und die Wissenschaft zu einer Lehre von den ökonomischen Entwicklungsgesetzen der Völker umzugestalten“. Er unterscheidet in der Geschichte der Völker drei verschiedene Stufen: Die Naturalwirtschaft, die Geldwirtschaft und die Kreditwirtschaft.

Professor Karl Knies ließ 1853 „Die politische Oekonomie vom Standpunkt der geschichtlichen Methode“ erscheinen. Er stempelt die Nationalökonomie zur Geschichte der wirtschaftlichen Meinungen in den verschiedenen Epochen in Verbindung mit der historischen Gesamtentwicklung einer Nation.

Um das Auskommen der Historiker richtig verstehen zu können, müssen wir uns mit dem Streit der Methode in der Nationalökonomie beschäftigen. Die Klassiker gingen von der Annahme aus, daß jeder Mensch sein eigenes Interesse am besten erkenne und verfolge. Aus dieser Voraussetzung forderten sie in der Wirtschaftspolitik Freiheit des Handels. Aus dem Eigennuz des von ihnen gedachten Wirtschaftsmenschen entwarfen sie ein einheitliches Gesamtbild der Wirtschaft und begründeten hierbei eine Theorie, nach welcher sie auf dem Wege der Deduktion zu einer Erklärung der Kausalzusammenhänge der Wirtschaft kommen. Nach diesem Verfahren werden die wirtschaftlichen Vorgänge abstrakt, isoliert für sich betrachtet, eine Betrachtungsweise, die in der Mathematik und Geometrie vorherrschend ist. Aus dieser Methode entstand der „homo oeconomicus“, der Wirtschaftsmensch, der mit einem Minimum wirtschaftlicher Aufwendung das Höchstmaß wirtschaftlicher Leistung erzielte. Gegen die Lehren der klassischen Schule erhob sich die historische Schule und setzte an Stelle der Deduktion und abstrakten Betrachtung die Induktion. Jede menschliche Gemeinschaft stellt ein besonderes organisches Milieu dar, das dem wirtschaftlichen Leben seinen besonderen Stempel aufdrückt. Wenn man daher alle verschiedenartigen Seiten dieses Lebens verstehen will, muß man die Tätigkeit

nicht nur isoliert, sondern in ihren Beziehungen zu dem sozialen Milieu betrachten, das allein das Verständnis der charakteristischen Züge gestaltet. Das soziale Milieu ist beständigem Wechsel unterworfen. Die Erklärung hierfür ergibt die Geschichte. Der Mensch der Wirklichkeit, der „geschichtliche Mensch“, ist ein anderer als der Wirtschaftsmensch, er ist keine ausschließlich vom Erwerbsbetrieb bewegte Marionette. An Stelle der deduktiven Methode setzen die Historiker die auf Beobachtung gegründete Folgerung aus Einzelfällen.

Auf diese ältere geschichtliche Schule folgte die junge historische Schule, aus der viele Kathedersozialisten hervorgingen. Schmoller, Brentano, Held, Bücher, Wagner, Sombart und Gothein sind die Prominenten dieser Richtung. Sie hat es nicht bloß dabei bewenden lassen, die Geschichte auf die Nationalökonomie anzuwenden, sondern sich unter Abwendung von theoretischen Fragen der Diskussion praktischer Probleme, namentlich der sozialen Frage, zugewandt.

Gewerkschaften und Dawesplan

Die Berliner Vertretung eines amerikanischen Zeitungs-trusts hatte sich, neben anderen führenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft, an den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, mit der Bitte gewandt, seine Ansicht über die Zukunft des Dawesplanes auszusprechen. Auf die drei von Seiten des amerikanischen Zeitungsverreters gestellten Fragen gab Leipart folgende Antwort:

1. Welche Folgen hat der Dawesplan bisher für Deutschland gehabt?

Der Dawesplan hat meines Erachtens das schwierige Problem der Reparationen ein gutes Stück seiner Lösung entgegengeführt, indem er es aus der Sphäre militärischer Gewaltakte in die einzig mögliche Bahn wirtschaftlicher Ermägungen leitete. Die dadurch herbeigeführte Entspannung der welt-politischen Lage ist zum Wohle der Völker lebhaft zu begrüßen. Er bedeutet aber, wie jede Abgabe großer Werte aus einer Volkswirtschaft, eine sehr schwere Belastung für die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk. Dabei befinden wir uns erst im zweiten Uebergangsjahr, das Deutschland noch eine Art Moratorium gewährt. Der Dawesplan ist also noch nicht in voller Wirksamkeit. Trotzdem spürt schon jetzt das deutsche Volk in allen seinen Teilen den Druck der Steuern, die zur Aufbringung der Reparationslasten nötig sind. Der Steuerdruck verschärft die Wirtschaftskrise, unter der Deutschland zurzeit leidet.

2. Halten Sie den Dawesplan auf die Dauer für ausführbar?

Ich habe bereits hervorgehoben, daß Deutschland noch nicht die vollen Zahlungen zu leisten hat. Deshalb kann ich nicht vorher sagen, ob es später dazu in der Lage sein wird. Man wird aber ganz allgemein überlegen müssen: Womit bezahlt Deutschland seine Verpflichtungen? Doch nur mit der Arbeit seiner Bürger. Es wird also seine Ausfuhr steigern müssen. Dazu ist aber nötig, daß es keine unlautere Konkurrenz aus Valuta-Dumping antrifft, daß also die Währungen der übrigen europäischen Staaten sobald wie möglich stabilisiert werden. Weiter ist nötig, daß die anderen Länder bereit sind, die deutsche Ausfuhr bei sich aufzunehmen. Dazu müssen aber die hohen Zollschränken und die übrigen Einfuhrerschwerungen aller Art fallen. Will also die Welt, daß Deutschland zahlt, so muß sie ihm die Möglichkeit dazu geben durch Stabilisierung der Währungen und durch die Bereitwilligkeit, gegenseitig alle Zölle und sonstigen Einfuhrerschwerungen abzubauen.

3. Welche andere Lösung des Reparationsproblems würden Sie vorschlagen?

Es würde eine völlige Versklavung Deutschlands bedeuten, wenn man es auf unbegrenzte Zeit Reparationen zahlen ließe. Man muß also entweder eine begrenzte Zeit oder eine feste Gesamtsumme für die deutschen Zahlungen endgültig bestimmen. Mit meinen Arbeiterfreunden in ganz Europa bin ich darin einig, daß diese endgültige Regelung so beschaffen sein sollte, daß die deutschen Zahlungen nur zur eigentlichen Wiedergutmachung der verursachten Schäden dienen. Das setzt seitens der alliierten Mächte und auch seitens der Vereinigten Staaten von Amerika voraus: Verzicht auf die Forderungen an Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen, und allgemeine Annullierung der gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Ich bin überzeugt, daß das amerikanische Volk gerecht urteilt und nicht dafür eintreten wird, daß das deutsche Volk für lange Zeit oder gar für immer Fronarbeit leisten muß. Auch für Deutschland muß die Stunde der Freiheit wieder schlagen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Tabakindustrie

Am Ende des Monats Mai waren von je 100 Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes 27,80 Arbeitslose, 31,47 Kurzarbeiter und 40,79 Vollarbeiter. Im Laufe des Monats Juni ist nun die Verhältniszahl der Vollarbeiter auf 54,25 gestiegen, während die Verhältniszahl der Kurzarbeiter auf 23,03 und die der Arbeitslosen auf 22,72 zurückgegangen ist. Das ist wiederum eine merkliche Besserung gegenüber dem Vormonat, aber immer noch ist die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in der Tabakindustrie erschreckend groß.

Von der Erhebung, die unser Verband am Ende des Monats Juni über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Tabakindustrie veranstaltete, wurden insgesamt 53 782 (12 588 männliche, 41 194 weibliche) Mitglieder erfasst. Von diesen waren 12 216 (2811 männliche und 9405 weibliche) völlig arbeitslos, 12 388 (2296 männliche und 10 092 weibliche) mußten verkürzt arbeiten und 29 178 (7481 männliche und 21 697 weibliche) konnten ihre Arbeitszeit voll ausnutzen.

Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit im einzelnen unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Verkürzt arbeiteten:	männlich	weiblich	zusammen
1—8 Stunden	628	2 066	2 694
9—16 Stunden	490	2 941	3 431
17—24 Stunden	872	2 836	3 708
25 und mehr Stunden	306	2 249	2 555
Insgesamt	2 296	10 092	12 388

Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie berichten wir wie im Vormonat. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild (eingeklammert ist jedesmal die Zahl der weiblichen Mitglieder):

Von den in der Zigarrenindustrie erfaßten 34 867 (25 168) Mitgliedern waren 9295 (6776) Arbeitslose, 9765 (7956) Kurzarbeiter und 15 807 (10 436) Vollarbeiter.

Aus der Zigarettenindustrie wurden 14 844 (13 514) Mitglieder erfasst, von denen 2792 (2558) Arbeitslose, 1674 (1544) Kurzarbeiter und 10 378 (9412) Vollarbeiter waren.

Von den 1878 (1232) Mitgliedern aus der Rauch- und Schnupftabakindustrie waren 83 (50) Arbeitslose, 205 (125) Kurzarbeiter und 1590 (1057) Vollarbeiter.

Die 2193 (1280) in der Rautabakindustrie erfaßten Mitglieder hatten 46 (21) Arbeitslose, 744 (467) Kurzarbeiter und 1403 (792) Vollarbeiter.

Um eine bessere Beurteilung der vorstehenden Angaben zu ermöglichen, lassen wir nunmehr eine Zusammenstellung der Verhältniszahlen der Arbeitslosen, Kurzarbeiter und Vollarbeiter in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie folgen, wobei wir zu Vergleichsmöglichkeiten die Verhältniszahl aus dem Vormonat in Klammern mit anführen:

Auf je 100 Mitglieder ergeben sich:

	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Vollarbeiter
Zigarrenindustrie	26,66 (30,62)	28,01 (35,74)	45,33 (33,64)
Zigarettenindustrie	18,81 (27,70)	11,28 (22,91)	69,91 (49,39)
Rautabakindustrie	2,10 (1,98)	33,92 (37,04)	63,98 (60,98)
Rauch- und Schnupftabakindustrie	4,42 (7,65)	10,92 (11,16)	84,66 (81,19)
Insgesamt	22,72 (27,80)	23,03 (31,41)	54,25 (40,79)

Auf je 100 offene Stellen bei den Arbeitsnachweisen kamen im Monat Mai für Tabak- und Zigarrenarbeiter 1251 Arbeitssuchende und für Tabakarbeiterinnen 1425 Arbeitssuchende.

Das Reichsarbeitsblatt berichtet in seinem Monatsbericht vom 9. Juli über den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftslage in der Tabakindustrie folgendes:

In der Tabakindustrie zeigte sich eine gewisse Belebung der Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Lage in der Zigaretten- und Zigarrenindustrie war ungleichmäßig. Die Zahl der ungünstig beschäftigten Betriebe ist weiterhin groß.

Die Zollerhöhungen ab 1. August

Der Reichstag ist in Ferien gegangen. Das Fürstenabfindungsgesetz vermochte es nicht zu beenden. Die endgültige Regelung dieser Frage ist auf den Herbst verschoben worden. Dann wird der Schacher weitergehen. Wenn der Reichstag auch in der Fürstenfrage nichts zustande brachte und diese Drohnen vollständig seiner fetten Pfriünde beließ, so glaubte er aber doch vor den Ferien wenigstens etwas zu tun, was die Erinnerung an seine Existenz wachhält. Und so verteuerte er dem Volke die wichtigsten Lebensmittel.

Die Regierung Luther hatte im Sommer 1925 ein Zollgesetz durchgebracht, dessen autonome Sätze sehr hoch waren. Es sollten Verhandlungszölle sein, mit der Borausicht, bei Handelsverträgen durch Eintausch anderer Vorteile eine Herabsetzung vorzunehmen. Bis zum 1. August 1926 gelten ermäßigte Zollsätze in der Hauptsache für wichtige Lebensmittel. Durch den Abschluß des Handelsvertrages mit Schweden bestand die Gefahr, daß die dort festgelegten Sätze bereits am 1. August in voller Höhe in Kraft traten. Die Gewerkschaften hatten daraufhin verlangt, daß die bisherigen ermäßigten Zollsätze mindestens noch vier Monate in Kraft bleiben sollten. Der Reichstag hat sich dem Wunsche der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nicht angeschlossen, sondern hat andere Uebergangszölle bis zum 31. Dezember dieses Jahres in Geltung gesetzt. Um die wichtigsten Produkte zu nennen, so erhöhen sich die Zollsätze folgendermaßen:

	bisheriger Satz	nach dem 1. August	nach dem Vertrag mit Schweden
Roggen	3,00 M	5,00 M	6,00 M
Weizen	3,50 M	5,00 M	6,50 M
Futtergerste	1,00 M	2,00 M	5,00 M
Mais	2,20 M	3,20 M	5,00 M
Schweinefleisch	21,00 M	21,00 M	32,00 M
Schweinespeck	14,00 M	14,00 M	20,00 M
Schmalz	6,00 M	6,00 M	10,00 M

Ab 1. Januar 1927 werden den Ländern gegenüber, die mit Deutschland in einem Meistbegünstigungsverhältnis stehen, die im deutsch-schwedischen Vertrag festgelegten Sätze gelten. Gegenüber den Ländern, mit denen Deutschland in einem Meistbegünstigungsverhältnis nicht steht, werden die Sätze des autonomen Zolltarifs gelten, welche bekanntlich noch über diejenigen des Schwedenvertrages hinausgehen. Es steht also zu erwarten, daß ab 1. August eine weitere Erhöhung der wichtigsten Lebensmittel stattfindet. Besonders steht ob der Verdoppelung der Futtergerste und der Erhöhung der anderen Futtermittel zu erwarten, daß die Fleischpreise noch mehr verteuert werden. Was die Zollerhöhung für die Futtermittel nicht nur für die konsumierende Bevölkerung bedeutet, geht klar aus einer Eingabe der Handelskammer Hamburg hervor; worin es u. a. heißt:

„Bei Wegfall eines ermäßigten Zollsatzes für Futtergerste würde die Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Futtermitteln in Frage gestellt werden. Der ganze Nordwesten Deutschlands hat ein großes Interesse daran, seine blühende Viehzucht nicht durch teure Eingangszölle auf Gerste untergraben zu sehen. Der Viehbestand muß unbedingt wieder auf die Vorkriegeshöhe gebracht werden. Während Deutschland in der Vorkriegszeit einen Schweinebestand von 25 Millionen hatte, ergab die letzte Zählung nur 10 Millionen. Auch der allgemeinen Wirtschaft dürfte weit mehr gedient sein, wenn die Viehmast durch Einfuhr billiger ausländischer Futtermittel unterstützt wird, als wenn einzelnen großagraren Kreisen des deutschen Ostens Gelegenheit geboten wird, ihre Ueberproduktion an Korn und Kartoffeln unter Verteuerung der Fleischpreise zur Mast zu verwenden und dadurch das jetzt blühende Gewerbe des Nordwestens an sich zu ziehen. . . . Die Handelskammer Hamburg hat nicht den mindesten Zweifel, daß der Mangel an Futtergerste, der unweigerlich bei einem erhöhten Zollsatz eintreten wird, unmittelbar zu einer ganz wesentlichen Steigerung der Kartoffelpreise und damit zur Verteuerung eines Hauptnahrungsmittels führt, die insbesondere die unbemittelten Bevölkerungsschichten besonders stark belasten wird. Die Steigerung der Kartoffelpreise wird aber wiederum eine erhebliche Erhöhung der Fleischpreise nach sich ziehen und damit den Anstoß zu einer neuen allgemeinen Teuerungswelle geben.“

Verteuerung des Brotes, der Kartoffeln und des Fleisches, das steht ab 1. August in Aussicht! Eine wunderbare Zukunft für das arbeitende Volk, das zu 40 Prozent von Arbeitslosenunterstützungen lebt oder sich mit dem niedrigen Lohn eines Kurzarbeiters zufrieden geben muß. Bemerkte hierbei soll noch werden, daß die christlichen Gewerkschaftsvertreter, soweit sie Reichstagsabgeordnete sind, den höheren Zollsätzen ab 1. August zustimmten, obwohl sie vorher mit den freien Gewerkschaften gemeinsam für die weitere Beibehaltung der ermäßigten Zollsätze eingetreten waren. Netze Arbeitervertreter!

Der Reichstag aber ging in Ferien. Die Vorschläge der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei beachtete er nicht, sondern er erhöhte die Lebensmittelzölle und verschlechterte somit die Lebenslage der breiten Massen. Das Volk der Arbeit hat sich leider mit dieser Tatsache abzufinden. Es sei

Wenn es gelänge ein energischer Versuch, kraft der Gewerkschaften durch Lohnhöhungen oder andere Mittel ein Ausmaß zu schaffen. Ob die Gewerkschaften dazu in der Lage sind, das zu prüfen, überlassen wir jedem Gewerkschafter, indem er in seinem Betriebe Umschau hält.

Verbandsteil

Am 17. Juli ist der 29. Wochenbeitrag fällig

Bevollmächtigter

Vergeht nicht, die Abrechnung für das 2. Quartal fertig zu machen und an den Vorstand einzusenden. Dabei darf nicht übersehen werden, die verausgabten Erwerbslosenmarken einzustellen und den Mitgliederbestand anzugeben.

Folgende Gelder sind eingegangen:

1. Juli. Dillenburg 48,22. Leisnig 200,—. Kahla 37,—. Bentsdorf 38,—. Löwenberg 23,85. Königsberg 100,—. Hordt 17,25. Breslau 500,—. Dietesheim 17,92. Bad Orb 55,—.
2. Alsfeldt 69,80. Geinhausen 88,24. Köln 200,—. Rüppur 120,—. Schmölln 100,—. Jauer 110,—. Unteröwisheim 160,30. Sternfels 83,38.
3. Pirna 50,—. Bamberg 19,46. Mittweida 183,90. Kreuznach 60,—. Karlsruhe 49,25. Muskau 17,05. Annaburg 22,35. Sprottau 59,76. Mendorf 31,70.
4. Philippsburg 120,—.
5. Dresden 300,—. Dresden 1500,—. Obercunnersdorf 200,—. Pölsig 100,—. Kaiserslautern 150,—. Dingelstädt 11,60. Minden 200,—. Hildesheim 100,—. Halle a. S. 75,—. Frankfurt a. O. 140,—. Künzelsau 60,—. Treffurt 350,—. Hohenhausen 90,—. Fiddichow 49,55. Steindorf 72,22. Weiskirch 98,26. Richten 37,12.
6. Untergrombach 118,70. Berlin 1500,—. Uetersen 40,—. Eisenleben 20,—. Goch 65,30. Hanau 40,—. Lauffen 68,88. Wanssen 55,78.
7. Bernigerode 77,25. Gohfeld 9,—. Bunzlau 60,—. Strehlen 34,65. Zuffenhausen 15,—. Michelbach 102,44.
8. Guben 60,47. Pyrmont 250,—. Northheim 65,02. Al.-Aueheim 27,76. Delitzsch 98,46. Gartha 400,—. Frankenberg 700,—. Hohenheim 250,—. Landsbut 33,75. Wansfried 115,—. Malenfels 57,81.
9. Bremen 700,—. Rheda 50,—. Cammerforst 40,52. Fränk.-Crumbach 65,—. Segeberg 25,48. Ellenburg 28,—. Rudolstadt 100,—.

Bremen, 13. Juli 1926.

J. Krohn

Gesucht werden:

10 Zigarrenroller und 10 Wickelmacher nach dem östlichen Thüringen und ein lediger Zigarrenarbeiter nach Sachsen. Nachfragen bei Richard Gerloff, Dresden, Magstraße 13 III.

Ein Hoch den Jubilaren!

Heinrich Ravens, 37 Jahre Mitgl.	Ernst Seidemann, 34 Jahre Mitgl.
Karoline Schwarze, 36 „ „	Heinrich Tengeler, 33 „ „
Meta Krückemeyer, 36 „ „	August Raker, 31 „ „
Reinhard Ughof, 36 „ „	Heinrich Holthausen, 31 „ „
August Tenge er, 36 „ „	Heinrich Petersen, 30 „ „
Heinrich Meyer, 35 „ „	Emil Wohlers, 30 „ „
Diedrich Lange, 35 „ „	Diedrich Rippe, 29 „ „
Fritz Blom, 35 „ „	Johann Kerzhoff, 29 „ „
Ferdinand Hoppe, 35 „ „	August Martin, 29 „ „
Meta Tengeler, 34 „ „	Trina Hoppe, 26 „ „
Hermann Kuchenbäcker, 25 Jahre Mitgl.	Zahlstelle Achim

Ortsbeamter gesucht!

Für die Zahlstelle Berlin des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes wird zum baldmöglichsten Antritt ein Ortsbeamter gesucht. / Die Bewerber müssen mindestens 5 Jahre gewerkschaftlich organisiert sein. / Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes werden bevorzugt. / Den Bewerbungen ist ein Aufsatz über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie über die Aufgaben eines Ortsbeamten beizulegen. / Dieselben sind bis zum 31. Juli mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Kollegen Paul Isak, Berlin, Ruppinerstraße 29, 1. Duergeb. II, einzusenden.

ROHTABAK

Preise verzollt per 1/4 kg

Sumatra	M
301 Deli Sandblatt mausgrau 3. Lg., Vollblatt	16.50
339 3. Lg. Vollblatt feinstes hellgraues Sandblatt	10.50
277 feinstes Deli V 3 reine Farben	3.50
279 2. Lg., Vollbl., riesig deckfähig, reinfarbig	3.50
315 2. Lg., Stück, sehr hell und deckfähig	3.50
318 3. Lg., Vollblatt, prima Brand und Qualität	3.50
312 XVI } Diese Decken sind außerordentlich preiswert und sehr zu empfehlen	3.40
313 XV2 } gutbrennend und schmeckend und blattig	3.—
314 XV3 }	2.30
223 2. Lg., Vollbl., prima vorzügl. Verkehrtroller	2.55
261 1. Lg., Stück, hell, prima Sortiertabak	2.75
225 Umblatt mit viel Decke, 3. Lg., Vollblatt	1.80
298 4. Lg., Umblatt feinstes Gewächs	1.70
Vorsienlanden	
477 Sandblatt-Decke, 1. Lg., sehr zart und deckfähig in Qual.	3.40
406 2. Lg., prima Qualitäts-Umblatt	1.55
514 Aufarbeiter	1.35
526 2. Lg., Umblatt und Decke	1.85
519 Einlage und Umblatt, 4. Lg., sehr blattig	1.30
523 wundervolle P Sortierung, federleicht	1.35
Java	
499 Umblatt, 2. Lg., feinstes Bezoeki-Gewächs	1.70
500 Umblatt, 3. Lg., feinstes Bezoeki-Gewächs	1.60
525 3. Lg., prima Bezoeki-Umblatt	1.70
520 sehr blattige Bezoeki-Einlage	1.25
434 sehr feinstes Kedoe-Gewächs zum Schneiden	1.20
509 kerngesunde Einlage	1.10
524 gute Einlage zum Mischen	1.05
Brasil	
144 feinste Mattas gestreckte Blätter mit Aufleger	1.65
130 lose Blätter prima Qualität zum Schneiden	1.30
Seedleaf	
60 knochentrocken, blattig, kerngesund	1.—
Loggul	
sehr blattige vorzügliche Mischung	1.10

Versand unter Nachnahme gegen Berechnung der Portospesen Verpackung frei. Ab 50 Pfund franko Lieferung nach jeder Bahnstation. Lieferung nur an angemeldete Verarbeiter, Betriebsnummer aufgeben.

Knoll & Co., Bremen

Postscheck Hannover Nr. 49 548.

Pietzsch & Berndt

Rohtabakhandlung :: Dresden-A, Ostra-Allee 25

Empfehlen sämtliche Gattungen Rohtabake zur Zigarrenfabrikation
Fordern Sie Preisliste ein!

Brauchen Sie eine Schreibmaschine?

Lassen Sie sich die



vorführen, Sie entscheiden sich sicher für diesel

Besondere Vorzüge

- / Offene Bauart / Leichtester Anschluss / Geräuschloser Wagenrücklauf /
- / Zwangsweise Großbuchstabenperre /
- / Ueberall Vertretungen, daher Vorführung jederzeit möglich /

Maschinenfabrik Kappel A.-G.

Chemnitz-Kappel / Begr. 1860

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlissene O.-M. 3.—, halbweiße O.-M. 4.—, weiße O.-M. 5.—, bessere O.-M. 6.—, 7.—, daunenweiche O.-M. 8.—, 10.—, beste Sorte O.-M. 12.—, 14.—, weiße ungeschlissene Rufffedern O.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte O.-M. 10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benadikt Sachsel, Lobos 245 b. Pilsen-Böhmen.

Vierte Sitzung des Bundesausschusses des ADGB im Volkshaus zu Düsseldorf am 9. und 10. Juli 1926

I.

Leipart eröffnete die Tagung und begrüßte die zum ersten Male zu einer Sitzung des Bundesausschusses erschienenen Vertreter der Behörden. Die Gewerkschaften müßten Wert darauf legen, daß vor allem die Vertreter der interessierten Reichsbehörden nicht nur alle drei Jahre einmal zu den Gewerkschaftskongressen, die Gäste der Gewerkschaften sind, erscheinen, sondern daß auch außerdem in dringenden Fällen Gelegenheit geboten werde zu einem Meinungsaustausch zwischen den Beauftragten der organisierten Arbeiterschaft und den Vertretern der Regierung. Eine solche Gelegenheit werde sich in Zukunft öfter bei den Bundesausschußsitzungen bieten. Leipart begrüßte im einzelnen den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und den als Vertreter des Reichsarbeitsministers erschienenen Ministerialdirektor Dr. Weigert, den Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Syrup, den Regierungspräsidenten Bergemann, der zugleich den Oberpräsidenten vertritt, dann den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dr. Lehr, und den Landeshauptmann Dr. Horion sowie Professor Dr. Schloßmann, den Leiter der Gesolei.

Damit der wesentliche Zweck der gegenwärtigen Tagung des Bundesausschusses deutlich in den Vordergrund rücken möge, schlug Leipart vor, den Bericht des Bundesvorstandes zurückzustellen und sofort mit der Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung: „Die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge“ zu beginnen. Die Gewerkschaften haben, fügte Leipart hinzu, längst auf die Dringlichkeit des Problems der Arbeitslosigkeit hingewiesen, aber nun beschäftigen sich in letzter Zeit die gesamte Öffentlichkeit mit außerordentlichem Eifer mit dieser Frage, worin ein Zeichen dafür zu erblicken sein dürfte, daß die Erkenntnis vom Ernst der Lage des Arbeitsmarktes sich verbreitet. Der Bundesvorstand werde bei dieser Gelegenheit über seine Bemühungen in dieser Frage berichten. Leipart wies dann darauf hin, daß die große Ausstellung der Stadt Düsseldorf bestimmend war für die Wahl des Tagungsortes. Aber nicht nur Schaulust führe die Vertreter der Gewerkschaften zur Ausstellungstadt, sondern der Bundesausschuß will durch seine Anwesenheit das starke Interesse der Gewerkschaften am Gegenstand dieser Ausstellung heben und zugleich die Grüße der Arbeiterschaft der Stadt Düsseldorf und der Ausstellung übermitteln. Der Bundesausschuß

möge zum Zeichen dieses Interesses und zum Ausdruck dieses Grußes folgende Entschliebung annehmen:

Die Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen hat den Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt, seine den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und des Unfallschutzes dienende Tagung in Düsseldorf abzuhalten. Der Bundesausschuß begrüßt das großartige und bedeutungsvolle Wert dieser Ausstellung, an deren Entstehen die gleichen Ideen mitgewirkt haben, die auch von den Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterschaft vertreten werden. Körperliche und geistige Gesundheit, sozialer Schutz der Arbeitskraft, Fürsorge für Hilfsbedürftige, alle diese dem Volksganzen dienenden Bestrebungen sind stets auch Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften gewesen. Wenn daher der Bundesausschuß das Zustandekommen dieser Ausstellung als einen Beweis der Stärkung dieses sozialen Geistes würdigt, so gibt er zugleich seiner Hoffnung Ausdruck, daß auch in schweren Zeiten dieser Geist nicht verlorengehen wird, sondern daß die Bedeutung des Menschen in der Wirtschaft und die Notwendigkeit der Erhaltung und Förderung der Arbeitskraft mehr als bisher erkannt werden wird. Nicht zu erwarten der Bundesausschuß diese Erkenntnis von den zuständigen Regierungsstellen und von der parlamentarischen Vertretung, die bei der Verabschiedung sozialpolitischer Gesetze die Verantwortung für des Volkes Gesundheit und Wohlergehen auf sich nimmt.

Die Entschliebung wurde vom Bundesausschuß ohne Widerspruch angenommen.

Sodann begannen die Beratungen über die Lage des Arbeitslosenmarktes und die Erwerbslosenfürsorge. Das Referat hierzu hielt der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes Dr. Broeker. (Wir bringen das Referat an anderer Stelle.)

Alsdann ergriff der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort. In längerer Rede teilte der Minister mit, daß die Reichsregierung bereits praktische Maßnahmen zur Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms getroffen habe. Ein Ministerialausschuß soll die Verwirklichung beschleunigen und bürokratische Hemmungen beseitigen.

Dr. Weigert als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums teilte mit, daß die Reichsregierung den festen Willen habe, die Arbeitslosenversicherung noch in diesem Winter zur gesetzlichen Regelung zu bringen.

An der folgenden Debatte beteiligten sich die Genossen Ditzmann (Metallarbeiter), Paepflow (Bauarbeiter), Gertr. Hanna (ADGB), Simon (Schuhmacher) und Tarnow (Holzarbeiter).

Leipart stellte als Ergebnis der Aussprache fest, daß unter den anwesenden Vertretern der Verbandsvorstände Uebereinstimmung darüber bestehe, daß die Gewerkschaften auch angesichts der Erklärungen der Regierungsvertreter festhalten müßten an ihrer Entschlossenheit, möglichst schnell große Taten

Die Jagd nach den Schätzen der Erde

Von Albin Michel

Der bekannte Geograph Oskar Peschel schrieb einmal: „Wie sind Entdeckungsreisen nach unbekanntem Weltgegenden aufs Geratewohl ausgeführt worden. Jedesmal hatten unsere Argonauten, die Seefahrer und Wanderer irgendein lockendes Ziel vor Augen. Immer trachteten sie die Ursprungsorte oder die Märkte hochgeschätzter Handelsgüter zu erreichen.“ Und wirklich läßt sich aus der Kultur- und Wirtschaftsgeschichte nachweisen, daß der Drang, gewisse Rohstoffe, Nahrungsmittel usw. zu erlangen, zu Entdeckungsfahrten und zum Beginn eines weitgesteckten Verkehrs viel mehr beigetragen hat als Abenteuerlust oder selbst Eroberungsdrang. So hat die Schiffahrt mit dem internationalen Verkehr, der sich aus ihr entwickelte, ihren Ursprung in der Seefischerei, in dem Streben, die Fische des Meeres für die menschliche Nahrung zu gewinnen. Schon das älteste Handelsvolk, die Phönizier, war ursprünglich ein Volk, das im Mitteländischen Meere dem Fischfang nachging, und Sidon, die ehemalige Hauptstadt Phöniziens, hieß nichts anderes als Fischort. Auch in späteren Zeiten, bei der alten deutschen Hanse, bei Spaniern, Holländern, Engländern und Norwegern läßt sich oft beobachten, daß die Vergrößerung der Schiffahrt und die Ausdehnung des Handels ihren Ausgangspunkt von der Seefischerei nahmen. In den europäischen Ländern war es besonders der Heringsfang, der zur Heranbildung tüchtiger Schiffer und damit auch zur Vergrößerung der Handelsflotte und zur Erweiterung der Handelsbeziehungen

beitrug. Von Holland und England läßt sich sogar sagen, daß die Heringsfischerei die Schiffahrt erst groß gemacht hat. Denn der Heringshandel hatte im Mittelalter und noch weit darüber hinaus eine viel größere Wichtigkeit als heute. Am Anfang des 17. Jahrhunderts hatte Holland beinahe ein Monopol auf den Heringshandel und stand mit seiner Handelsflotte an der Spitze aller seefahrenden Völker. Ebenso haben der Kabeljau und noch mehr der Walfischfang zur Ausbreitung des Handelsverkehrs und zur Vergrößerung der Handelsflotte viel beigetragen.

Auch die Jagd nach Pelztieren hat viel zur Ausbreitung der Verkehrsbeziehungen beigetragen. So ist z. B. die Durchdringung und Eroberung Sibiriens hauptsächlich auf die Pelzjäger zurückzuführen. Um den Zobel zu erlangen, der in den dichtesten Wäldern und in den ödesten Gegenden haust, drangen die Russen in Sibirien weit nach Norden und Osten vor, aus kleinen Pelzstationen, wo sich die Pelzjäger zeitweise versammelten und die erbeuteten Felle absetzten, wurden bedeutende Städte, und schließlich fiel ganz Sibirien den Russen zu. Ebenso haben Pelzjagd und Pelzhandel zur Durchdringung Kanadas geführt, und auch noch in anderen Teilen Amerikas bis hinunter nach Mexiko war die Jagd auf Pelztiere, besonders die Jagd auf den Biber, ein vorwärtstreibendes Element für den Handel und für den Verkehr. Ebenso sind die Jagd auf Elefanten und das Suchen nach Elfenbein in der Handels- und Verkehrsgeschichte schon im Altertum von Bedeutung gewesen. Bei den Griechen und Römern wurde das Elfenbein zu mancherlei Kunstwerken verwendet; um Elfenbein zu erlangen, sind

zu fordern. Es bestehe auch keine Meinungsverschiedenheit über den außerordentlichen Ernst der wirtschaftlichen Situation. In der Vergangenheit sei den Mahnungen der Vertreter der Arbeiterschaft leider nicht die Beachtung geschenkt worden, die sie hätten erwarten dürfen. Er glaube, daß der Bundesausschuß aus den Erklärungen der Regierungsvertreter herausgehört haben möchte, daß dieser Zustand vorüber sei. Mit Genugtuung könne der Bundesausschuß Kenntnis nehmen von der Mitteilung des Reichswirtschaftsministers, daß die Reichsregierung bereits Beschlüsse gefaßt habe, die den Anfang einer Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms darstellen. Auch vom Reichsarbeitsminister erwartet der Bundesausschuß, daß es den Worten Taten folgen lassen werde — Taten, die dem wirtschaftlichen und sozialen Wohle dienen mögen.

Die vorgelegte Entschliebung zur Erwerbslosenfrage wird in der Gesamtstimmung ohne Widerspruch angenommen; sie hat folgenden Wortlaut:

In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft noch auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizeiten umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert.

Trotz dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirklich einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitsgelegenheiten in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fühlbar zu vermehren.

Das mangelhafte System der einheitlichen Unterstützungslage wird bis zur Einführung eines Versicherungssystems nicht entbehrt werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine Erhöhung der Unterstützungslage ebenso sehr aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden. Weiter ist zu fordern die Abschaffung der auch nach Aussage zuständiger amtlicher Stellen nicht mehr haltbaren Bedürftigkeitsprüfung, ferner eine Unterstützung des Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Ausdehnung der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Fürsorge für die Behebung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstage in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm aufgestellte Programm für die Durchführung Werte schaffender Arbeiten entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen.

Unbedingt muß jetzt aber erwartet werden, daß der ernsthafte Wille zur Verwirklichung dieser Pläne bald durch die Tat bekundet wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung, nötigenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten, sowie eine entschlossene Beseitigung der Widerstände und Kompetenzstreitigkeiten in der Verwaltung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden ihrerseits nicht ablassen, mit allen Mitteln auf die sofortige Inangriffnahme dieser wichtigsten Aufgaben der Gegenwart hinzuwirken.

Ueber den 2. Verhandlungstag berichten wir in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“.

große Expeditionen ausgerüstet worden, die sich bis weit in das Innere Afrikas ausdehnten.

Große Reisen sind auch schon im Altertum zur Auffindung von Schmuck unternommen worden. Vor allem die Auffindung von Perlen, Korallen, Edelsteinen, Bernstein, Gold und Silber hat zu weit ausgedehnten Verkehrsbeziehungen Anlaß gegeben. Die Korallenfischerei wurde in der alten Zeit besonders im Mitteländischen Meer betrieben, die Perlenfischerei im Persischen Meerbusen und in der Umgebung der Insel Ceylon wurde bereits frühzeitig ein Sammelpunkt für Fischer und Handelsleute. Nach der Entdeckung Amerikas fanden auch die Spanier verschiedene wertvolle Perlengründe. Noch mehr haben Diamanten und andere Edelsteine die Gewinn- und Habgier der Menschen stets auf sich gezogen. Ueberall in den alten Kulturstaaten, wo sich Luxus und Wohlleben ausbreitete, trat auch bei den Großen und Reichen die Sucht hervor, die eigene Person, die der Angehörigen und auch den Hausrat mit Diamanten und Edelsteinen auszuschnücken. Besonders groß war zu allen Zeiten der Fund von Edelsteinen in Ostindien; so wurde bei den indischen Fürsten die Ansammlung von Edelsteinen vielfach zu einer Art Manie.

Sehr stark hat namentlich das Auffuchen von Gold auf die Verkehrs-, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen eingewirkt. Bis weit über die mittelalterliche Zeit hinaus beruhten z. B. unsere Kenntnisse über Afrika zum weitaus größten Teil auf Erkundungen, die von Goldsuchern gemacht worden waren. Erst recht hat das Goldfieber später zur Aufschliebung Amerikas, Australiens und Südafrikas Veranlassung gegeben. Waren

Weltwanderungskongreß

Vom 22. bis 25. Juni wurde in London der vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale einberufene Weltwanderungskongreß, der wegen des englischen Generalstreiks um einen Monat verschoben werden mußte, abgehalten. Auf dem Kongreß waren 120 Delegierte der nachstehenden Länder bzw. internationalen Berufsfekretariate vertreten: Australien, Belgien, Britisch-Indien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Georgien, Großbritannien, Holland, Italien, Kanada, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Oesterreich, Palästina, Polen, Rußland, Spanien, Schweden, Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien.

Die nachfolgenden Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

Der Weltwanderungskongreß, einberufen vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, abgehalten in London vom 22. bis 25. Juni 1926, nimmt zu der Frage der Ein- und Auswanderung wie folgt Stellung:

Die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung ist auf eine stark steigende Zunahme der Produktivkräfte gerichtet, die sich auswirkt in einem Rückgang der Zahl von Arbeitskräften, um ein bestimmtes Quantum von Gebrauchsgütern zu erzeugen.

Mit dieser Steigerung der Produktion hat die Erweiterung des Absatzmarktes nicht gleichen Schritt gehalten. Die Folge ist ein Ueberschuß von Arbeitskräften, eine Arbeitslosigkeit in erschreckendem Ausmaß, die insbesondere in Europa, das unter den Nachwirkungen des Krieges schwer zu leiden hat, auch ebendem hochentwickelte Industriestaaten getroffen hat.

Unter dieser ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes ist der Drang der Arbeiter, nach Ländern mit relativ besserer Wirtschaftskongunktur auszuwandern, im Zunehmen begriffen.

Ein weiterer Anreiz zur Abwanderung besteht in der schon immer vorhandenen Neigung der Arbeiter, aus Ländern mit niedriger in solche mit höherer Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu gelangen; sei es, um dort vorübergehend oder dauernd Aufenthalt zu nehmen.

Auch aus Gebieten mit starker Uebevölkerung bei schwacher wirtschaftlicher Entwicklung fließt ständig ein Strom von Auswanderern, und schließlich sind auch politische Unterdrückungen der Arbeiterschaft ein sich immer wiederholender Anlaß zur Auswanderung.

Das Drängen einer überstarken Anzahl von Arbeitern nach noch aufnahmefähigen Ländern mit besseren Wirtschaftsbedingungen kann in gewissen Fällen eine Gefahr für die Arbeiterklasse dieser Staaten werden, weil nicht mit Unrecht eine Herabdrückung des Lohnniveaus und der sonstigen Lebensbedingungen einheimischer Arbeiter befürchtet werden kann.

Der Kongreß sieht in der gegenwärtig besonders starken Tendenz der Auswanderung aus Staaten mit ungünstiger

irgendwo Goldlager entdeckt worden, so begann manchmal eine förmliche Völkerverwanderung nach jenen Punkten, in kurzer Zeit entstanden ansehnliche Orte, die zu Zentralpunkten des Handels und Verkehrs wurden. Sehr alt sind die Verkehrsbeziehungen, die durch den Bernstein hervorgerufen wurden. Schon in den ältesten Zeiten dürfte von der Küste der Ostsee Bernstein nach Griechenland ausgeführt worden sein. Zwar waren die Phönizier mit ihren Schiffen schon bis zur Ostsee vorgedrungen, der größte Teil des Bernsteinhandels ging aber doch wohl zu allen Zeiten als Landhandel vor sich.

Zu großen Entdeckungsreisen regte weiter der Gewürzhandel an. Den Pfeffer von der Malabarküste und von Sumatra, Zimt aus Ceylon zu holen, von den Molukken Gewürze zu beziehen, war der Drang aller seefahrenden Völker. Die Gewürze der Molukken regten schon sehr frühzeitig zugefahr-vollen Fahrten an. Später wurden in diesem Handel Malaien, Chinesen und Araber von Portugiesen, Spaniern, Holländern und Engländern abgelöst. Im sogenannten Bronzealter waren Kupfer und Zinn die wichtigsten Metalle. Aus diesen beiden Metallen wurde die Bronze angefertigt, die in dieser Zeit das Material zu Waffen, Werkzeugen und Hausrat hergab. Die Phönizier beuteten wichtige Kupfergruben auf der Insel Cypern und im Taurusgebirge in Kleinasien aus. Kupfer wurde auch bereits in frühen Zeiten hoch oben im Norden Europas gewonnen. Auch das Salz wurde schon in den ältesten Zeiten zum Handelsobjekt, regte Verkehrsbeziehungen an, wurde zur Gründerin von Zentralpunkten. Als die Menschen dazu übergingen, das Eisen zu verarbeiten, wurde in den ver-

Wirtschaftskonjunktur kein wirksames und dauerndes Mittel zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise; er betrachtet die Auswanderung vielmehr als eine Erscheinung, die naturnotwendig aus der kapitalistischen Entwicklung hervorgeht.

Die Unfähigkeit des herrschenden kapitalistischen Systems, eine Lösung der Weltwirtschaftskrise herbeizuführen, zeigt sich klar in dem von seinen Vertretern gemachten Vorschlägen, die in ihrer Auswirkung vielfach nur zu einer Verschärfung der Krise führt.

Der Kongreß gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es Pflicht jeder Regierung ist, im Interesse der Förderung des Friedens, der internationalen Verständigung und der Wahrung der Interessen der Auswanderer und der Arbeiter in den Einwanderungsländern, die Lösung der Wanderungsprobleme anzustreben.

Der Kongreß beauftragt ferner den IOB. und die SAJ., eine gemeinsame Kommission einzusetzen, um die mit der Wanderungsfrage verbundenen wirtschaftlichen, sozialen, nationalen und Rassenfaktoren weiter zu studieren und die Resultate einem künftigen Kongreß zu unterbreiten.

Resolution I

Der Kongreß ist der Ansicht, daß in jedem Lande ein staatliches Wanderungsamt errichtet werden soll, in dem die gewerkschaftlichen Organisationen eine angemessene Vertretung haben sollen. Ueberdies soll ein Internationales Wanderungsamt, ebenfalls mit angemessener Vertretung der Gewerkschaften, im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes geschaffen werden, um:

1. Internationale Abkommen und Empfehlungen über das Wanderungswesen zu formulieren;
2. ausführliche und zuverlässige Auskünfte bezüglich der Wanderung zu erteilen.

Resolution II

Der Kongreß fordert das strenge Verbot jeder Propaganda für die Auswanderung von Seiten der privaten Transportunternehmungen und die Abschaffung aller privaten Wanderungsagenturen. Zu diesem Zweck empfiehlt er, daß überall, wo solche noch nicht bestehen, staatliche Wanderungsämter errichtet werden, um den Auswandernden Rat und moralischen Beistand zu gewähren. In diesen Ämtern müssen die Gewerkschaftszentralen ausreichend vertreten sein. Diesen Ämtern soll die Aufgabe übertragen werden, für den Entwurf und für die Annahme von Gesetzen über die Abschaffung aller privaten Wanderungsagenturen zu sorgen; ferner für die Beschaffung ausführlicher und zuverlässiger Informationen betreffend die Löhne usw. in den Einwanderungsländern; für die ärztliche Untersuchung der Auswanderer vor der Abreise, die Vorsorge für gute Reiseverhältnisse, den Empfang der Auswanderer in den Einwanderungsländern und ihre Ueberführung in die Orte, wo sie leben und arbeiten werden.

In jedem Lande muß die Gesetzgebung allen eingewanderten Arbeitern, sowohl männlich als weiblich, bezüglich der Löhne und der Arbeitsverhältnisse gleiche Rechte mit den eingeborenen Arbeitern sichern. Der unehrlichen Anwerbung von Auswandernden muß ein Ende bereitet werden, indem alle Wanderungsagenten und alle anderen Personen, die die Geschäftsinteressen dieser vertreten, für jeden Schaden haftbar gemacht werden, der den Auswandernden insbesondere durch den Bruch der bestehenden Bestimmungen oder der interstaatlichen Verträge entsteht.

Der Kongreß verlangt die Abschaffung der Gebühren für Pässe und Visa für Emigranten in den Aus-, Durch- und Einwanderungsländern.

Resolution III

Die Lage der Einwanderer auf dem Gebiete der Sozialversicherung.

Der Kongreß empfiehlt, daß alle Arbeiterorganisationen zusammenarbeiten, um für die einwandernden Arbeiter allseitig gleiche Behandlung auf allen der in dem Einwanderungslande gesetzlich eingeführten Sozialversicherungen zu wirken. Angesichts der Unterschiede im Stande der Sozialgesetzgebung der verschiedenen Länder begrüßt der Kongreß die auf die Vereinheitlichung dieser Gesetze gerichtete Wirksamkeit des Internationalen Arbeitsamtes und empfiehlt die Förderung dieser Bestrebungen sowie die Ausdehnung auf jede Form der Sozialversicherung (Unfallvergütungen, Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliditäts-, Alters- und Lebensversicherung, Witwen- und Waisenspenden). Er tritt ferner dafür ein, daß alles getan wird, um die allgemeine Annahme des Prinzips der gegenseitigen gleichen Behandlung herbeizuführen.

Resolution IV

Der Kongreß empfiehlt dem IOB., alle nötigen Vorkehrungen zu treffen, um die Organisation der einwandernden Arbeiter zu fördern.

Im Hinblick auf die gewerkschaftliche Organisation empfiehlt der Kongreß ferner:

1. daß von den dem IOB. angeschlossenen Landeszeilen und den internationalen Berufssekretariaten internationale Anordnungen für die sofortige und reibungslose Ueberführung der einwandernden Arbeiter von den Organisationen ihres Herkunftslandes in die kompetenten Verbände des Einwanderungslandes getroffen werden;
2. daß die Gewerkschaftszentralen durch Propaganda aller Art die Organisation der einwandernden Arbeiter in den Gewerkschaften fördern, unter der Bedingung, daß ausländische Arbeiter nur mit der Zustimmung der Landeszentralen in besonderen Sektionen organisiert werden, und
3. daß die Gewerkschaftszentralen sich bemühen sollen, in bezug auf gewerkschaftliche Leistungen jeder Art den eingewanderten Mitgliedern eine gleiche Behandlung zuzusichern.

schiedensten Gegenden der Erde nach Eisenerzen Umschau gehalten. Zum erstenmal scheint das Eisen im alten Indien und in Mesopotamien verarbeitet worden zu sein.

Eine noch größere Wichtigkeit für das gesamte Verkehrsleben, für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung gewann dann die Steinkohle. In einem Lande mit so großen Kohlenlagern wie in England war die Verwendung der Kohle noch im 15. Jahrhundert so gut wie nicht bekannt. Nur ganz arme Leute gruben sich da und dort Kohlen aus und verwendeten sie als Feuerungsmaterial. Auch in anderen Ländern, so in Deutschland, wurde um diese Zeit die Kohle schon öfter von armen Leuten als Feuerungsmaterial verwendet. Noch in der frühkapitalistischen Epoche spielte die Steinkohle eine verhältnismäßig geringe Rolle. Erst in der eigentlichen kapitalistischen Zeit gewann sie jene überragende Bedeutung, die sie so lange besaß und noch besitzt, die aber schon ein wenig geringer geworden ist, weil vielfach an Stelle der Kohle elektrische Kraft und Erdöl getreten sind. Je mehr erkannt wurde, welche großen Dienste das Erdöl in der Wirtschaft leisten kann, desto mehr kam auch das Suchen nach Erdölquellen auf. Heute gibt es wohl kaum ein Land, in dem sich nicht Leute aufhalten, die nach Erdölquellen suchen. Ebenso werden die Wasserkraft mehr und mehr zur Erzeugung elektrischer Kraft ausgenützt. Noch so manche anderen Erdschätze haben zur Ausweitung der Kultur vieles beigetragen. So kann z. B. die Dattel als der eigentliche Kulturbaum der Araber angesehen werden. Ueberall in den Oasen Arabiens und in der Wüste Sahara, wo sonst für Menschen keine Existenzbedingungen mehr gegeben wären,

schafft sie der Dattelbaum, der für Menschen und Tiere Nahrung gibt und der zugleich mancherlei Materialien für die leichtesten Baulichkeiten der Menschen in jenen Gegenden liefert.

Die Küche als Werkstatt der Hausfrau

In den vor dem Kriege gebauten Wohnungen und auch in vielen, die erst in jüngster Zeit entstanden sind, wurde der Küche wenig Beachtung geschenkt. Möglichst klein und unzweckmäßig angelegt bedeutet sie für die Hausfrau keine gute Werkstatt. Die Küche als Werkstatt der Hausfrau soll nach den gleichen Grundsätzen zweckmäßig und praktisch eingerichtet sein, wie ein industrieller Betrieb. Diese Erkenntnis ist leider heute noch wenig verbreitet, und die Folge ist eine unnötige Anspannung der Frau für Arbeiten, die in der halben Zeit erledigt werden könnten. Die Hausfrau ist heute eine Sklavin ihrer Arbeit, sie wird durch die Fülle ihrer Arbeit erdrückt. Sie kann nicht wie der Mann am geistigen, gewerkschaftlichen und politischen Leben teilnehmen, weil ihr die Zeit fehlt. Säufig hört man heute klagen, die Frau als Wählerin habe versagt. Gewiß richtig, aber liegt es nicht daran, daß man die Frau zum Arbeitstier gemacht hat und ihr keine Minute der Muße gönnt. Die Muße ist aber notwendig, will die Frau sich über die Fragen des öffentlichen Lebens orientieren. Der Mann als Familienvater hat hier die Verantwortung, der er sich bewußt sein sollte.

So haben kleine Ursachen manchmal große Wirkungen, und so scheint es mir auch hier zu sein. Deshalb sei unser In-

Resolution V

Der Kongress fordert die Beseitigung aller Beschränkungen des Rechts auf Arbeit für gewisse Arbeiterkategorien, die zur Folge haben, diese Arbeiter aus ihrer Heimat zu treiben.

Auswandernden Arbeitern, deren Staatszugehörigkeit aus politischen Gründen nicht fixiert ist, sollen von einer internationalen Instanz Pässe ausgestellt erhalten.

Gewerkschaftliches

Arbeiterfeindliche Beschlüsse der italienischen Regierung

(ZOB.) Im Lande der Diktatur, wo der ehemalige radikale Sozialist Mussolini selbst herrlich über Wohl und Wehe der Bevölkerung beschließt, hat der sogenannte Ministerrat durch Verordnung festgesetzt, daß der Arbeitstag neun statt wie bisher acht Stunden betragen soll.

Mussolini und seine Faschistenbanden haben die Arbeiterorganisationen Italiens mit allen möglichen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln unterdrückt und wenigstens für den Augenblick handlungsunfähig gemacht; daher kann von seiten der Arbeiterschaft kaum eine Gegenaktion unternommen werden. Daß aber die Staatsorgane, die sich faschistische Gewerkschaften nennen, gegen diese reaktionäre Maßregel Widerstand leisten werden, ist ausgeschlossen.

Vielleicht trägt diese arbeiterfeindliche Haltung des Faschismus dazu bei, seinen Zusammenbruch, der doch einmal kommen muß, zu beschleunigen.

Aus den Gauen und Zahlstellen

Sartha in Sachsen. Am 7. Juli fand hier im Gasthaus zum Schwan eine sehr gut besuchte Tabakarbeiterversammlung statt. Zur Tagesordnung stand: 1. Geschäftliches. 2. 25 Jahre Zahlstelle und Ehrung der Jubilare. Nachdem der erste Punkt erledigt war, ging man zum zweiten, dem wichtigsten des Tages, über. Der Vorsitzende, Kollege Segura, gab einen Rückblick auf die vergangenen Jahre, unter welchen schwierigen Verhältnissen die älteren Kolleginnen und Kollegen den Grundstein gelegt und am Bau unserer Organisation mitgewirkt haben. Ganz besonders hob er die Verdienste des Kollegen Friz Reimer für sein langjähriges und unermüdetes Wirken als Vorsitzender hervor, sowie auch die der Kollegin Anna Böttcher, welche noch auf eine 19jährige Tätigkeit als Kassiererin zurückblicken kann. Mit den besten Wünschen für die Zukunft stattete er gleichzeitig im Namen der Ortsverwaltung den Jubilaren für ihre Treue, die sie jederzeit dem Verband gehalten, den wohlverdienten Dank ab.

Gauleiter Kollege Gerloff schilderte in längerer Ausführung die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes und händigte am Schluß den Jubilaren Marie Kirchhübel, 29 Jahre; Anna Böttcher, 25 Jahre; Amalie Neumann, 25 Jahre; Friz Reimer, 25 Jahre; Marie Ludwig, 25 Jahre; Selma Thiele, 25 Jahre; Hilma Sireich, 25 Jahre die Ehrenurkunde aus mit dem Wunsche, auch weiterhin dem Verband die Treue zu bewahren und weiter mitzuwirken am Auf- und Ausbau desselben. Kollege Lehmann entbietet als

teresse einmal auf die Werkstatt der Frau, die Küche, gerichtet.

Die Küche ist der Ort, wo die Speisen zubereitet werden, er muß also sauber sein, denn in einer schmutzigen Küche angerichtete Speisen verderben den Appetit. Soll die Küche sauber sein, so darf nicht alles Mögliche in der Küche untergebracht werden. Die Hausfrau muß Bewegungsfreiheit haben. Soll die Hausfrau ihre Aufgaben recht erfüllen, so muß der Einrichtung der Küche Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Anordnung der einzelnen Gegenstände, die Einrichtung des Küchenschrankes, des Vorratsschranks, des Herdes usw. erfordern Ueberprüfung auf ihre Zweckmäßigkeit. Auch die Arbeitsgänge, z. B. das Abwaschen des Geschirrs, eine Arbeit, die am häufigsten wiederkehrt, können vereinfacht werden, wenn unnötige Handgriffe vermieden werden. Dabei ist es auch nicht gleichgültig, wie hoch der Küchentisch oder die Abwaschbank sind. Eine zu hohe resp. eine zu niedrige Abwaschbank bedeutet eine starke Ermüdung der Hausfrau, also unnötigen Kräfteverbrauch.

Den Entwurf einer Küche, wie sie einer guten praktisch denkenden Hausfrau gefallen müßte, brachte kürzlich das Bauhaus in Weimar (jetzt in Dessau) heraus. Leider wird es noch lange Zeit dauern, bis unsere Küchen diese zweckmäßige Einrichtung bekommen werden. Diese Zeit wird aber um so eher kommen, wenn unsere Hausfrauen und auch die Männer sich ernstlich auch um diese wirklich nicht nebensächlichen Fragen kümmern. Auf ein Buch, das vor kurzem in der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in zwei Auflagen herausgegeben wurde, wollen wir noch aufmerksam machen.

Vertreter des Ortsausschusses der Zahlstelle sowie den Jubilaren die besten Wünsche. Desgleichen die Kollegin Christmann von der Ortsverwaltung Döbeln, und die Kollegin Vogel erledigt dies für die Zahlstelle Geringswalde durch Telegramm. Mit einem dreifachen Hoch auf die Veteranen der Arbeit hatte auch dieser Tagungsordnungspunkt seine Erledigung gefunden und man ging nun zu dem geselligen Teil des Abends über. In bescheidener Weise hatte man auch des leiblichen Wohles gedacht. Musikalische und humoristische Vorträge hielten die Kollegenschaft noch lange beisammen. Alles in allem war es ein Tag, der den ca. 100 anwesenden Kolleginnen und Kollegen wohl für immer im Gedächtnis bleiben wird.

Rundschau

Deutsche Vorschützer in Deutschland unbrauchbar

In der „Welt am Montag“ Nr. 25 wird ein Zeugnis abgedruckt, das ein mecklenburgischer Junker einem deutschen Vorschützer ausgestellt hat. Das Zeugnis lautet:

Der Vorschützer Wilhelm Kasch ist seit April 1925 bei mir als solcher tätig und verläßt zum 1. März 1926 seine Stellung, da ich wieder nur mit Polen arbeiten will und er nicht polnisch sprechen kann. Kasch war während dieser Zeit seines Hierseins ein tüchtiger, fleißiger und getreuer Vorschützer und hat mit seinen Leuten viel Arbeit geschafft, und kann ich Kasch als Vorschützer sehr empfehlen. Adressat bei Certerhof, Amt Stargard. gez. Hoffmann.

In diesem Zeugnis offenbart sich ein famoser Patriotismus unserer angeblich so national eingestellten Landwirte. Ein deutscher Arbeiter, dem man eingestehen muß, daß er ein tüchtiger, fleißiger und getreuer Mensch ist, wird auf die Straße geworfen, weil er in Deutschland nicht polnisch kann. Höher geht's nimmer!

Literarisches

„Kulturwille“. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft. — 24 Seiten. Einzelnummer 20 J. Jahresabonnement 2,40 M. Probenummern frei. Verlag Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig, Brautstraße 17.

Die Julinummer enthält eine Reihe tiefer und lebensvoller Beiträge zum Thema: Reisen — Wandern — Schauen. Während Edgar Schnewald, der Dichter der Reise nach Spitz, die Erziehung der Sinne betont, stellt Wolfgang Schumann das Naturleben, das Erlebnis der Fremde in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Wertvolle Anregungen geben die Artikel „Skizzieren auf Wanderungen“ und „Photographieren“. Willy Steiger, der Hellaer Arbeiter-Schulpionier, zeigt im „Sinn der Schulfahrt“ einen Weg der Lebensschule. Einen breiten Raum nehmen Reiseliteratur und Reisebeschreibungen ein. Den lyrischen Beiträgen von Hermann Hesse, Dehmel, Walt Withmann stehen zwei realistische „Wandern in Spanien“ und „Gesundheitspflege der Kunden“ aus Ostwalds unveröffentlichtem Manuskript „Landstreicherserie“ gegenüber. — Die Nummer ist geschmückt mit Graphit von Otto Pleß: eine Radierung holsteinische Landschaft und acht Federzeichnungen. — Neben der sozialistischen Tagespresse sollte jeder kulturell interessierte Arbeiter diese Blätter lesen und für ihre Verbreitung sorgen. Man nenne uns eine Zeitschrift, die bei so mäßigem Preise so reich ausgestattet ist.

Das Buch führt den Titel „Der junge Tischler“. Es enthält mehr als sein Titel verspricht. Die Küche und ihre zweckmäßige Einrichtung wird eingehend besprochen. Ein besonderes Kapitel ist der Wohnküche gewidmet. Viele gute Bilder begleiten den erläuternden Text.

Aber nicht nur die Küche bedeutet das Heim. Die Sorge der Hausfrau muß sich auch den übrigen Räumen zuwenden, so dem Bohn- und Schlafzimmer. Ganz einfache Verhältnisse werden berücksichtigt wie auch bessere. In den einleitenden Kapiteln wird von der Bedeutung guter Tischlerarbeit für das Wohl der Gesellschaft gesprochen. Soll auch das Buch dem jungen Fachmann eine Mahnung sein, so wird auch jede Hausfrau mit vielem Nutzen das Buch zur Hand nehmen können.

Es kommt noch etwas anderes hinzu und das betrifft die Möbelformen. Wenn wir heute durch unsere Möbelmagazine gehen, so sehen wir in der Hauptsache nur Kitsch. Es kommt aber darauf an, daß wir auch unseren Geschmack bilden und den Kitsch in den Möbelmagazinen stehen lassen. Das kaufende Publikum muß aus der Passivität heraus. Der Produzent muß gezwungen werden, geschmackvolle, zweckentsprechende Möbel herzustellen. Das kann er für denselben Preis tun, der heute für Kitsch ausgegeben wird. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband sollte in diesem Kampfe die Unterstützung auch aller Gewerkschaftskolleginnen erhalten, dann wäre schon viel erreicht. H. T.

* „Der junge Tischler“, seine Erziehung zu wahrhaftigem und schönem Schaffen von M. Heidrich und S. Weber, 2. erweiterte Auflage, Berlin 1925, 175 Seiten mit 137 Abbildungen. Preis in Leinwand gebunden 8 M. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.